

Wilson nicht demütigend, sondern Forderungen verteidigen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erhält folgende Drahtung aus Seltingers: Die Zeitung „Sanomat“ erwiderte, Wilsons Bedingungen enthielten nichts Demütigendes für Deutschland. Er wolle sich nur dessen verschern, daß Deutschland am Verhandlungstisch keine Ueberraschungen bereite. Wenn Deutschland Wilsons Autorität vertraue, werde er bereit sein, Deutschlands berechnete Forderungen auch gegen Amerikas jetzige Bundesgenossen zu verteidigen.

Der Papst an Wilson.

Die „Associated Press“ meldet aus Rom: Der Papst wandte sich persönlich an Wilson und drückte die Hoffnung aus, daß sein erleuchteter Geist, sein besonnenes Urteil und stark menschliches Empfinden dem Präsidenten ermöglichen werden, eine beiderseits befriedigende Regelung zu finden.

Zur inneren Lage.

Keine Ranzlerkrise.

Wie aus Kreisen der sozialdemokratischen Partei verlautete, ist ein sehr erheblicher Teil der Mitglieder der Partei dafür, daß der bekanntgewordene Brief des Prinzen Max von Baden an den Prinzen Hohenzollern infolge der aufklärenden Mitteilungen des Ranzlers keine Veranlassung geben dürfe, im jetzigen Stadium der Friedens- und Waffenstillstandsfrage einen Ranzlerwechsel herbeizuführen. Irgendwelche Beschlüsse waren jedoch bis gestern Abend noch nicht gefaßt.

Zustimmung der preussischen Konzeption zum gleichen Wahlrecht.

Die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat in einer Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

In der Stunde der höchsten Not des Vaterlandes und in der Erwägung, daß wir auf schwere Kämpfe für die Unversehrtheit des vaterländischen Bodens gerüstet sein müssen, hält es die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für ihre patriotische Pflicht, alle inneren Kämpfe zurückzustellen. Sie ist gewillt, zu diesem Zweck auch schwere Opfer zu bringen. Sie glaubt nach wie vor, daß eine weitgehende Radikalisierung der preussischen Verfassung nicht zum Heile des preussischen Volkes dienen wird, ist aber bereit, den Widerstand gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen entsprechend dem jüngsten Vorgehen ihrer Freunde im Herrenhaus aufzugeben, um die Bildung einer Einheitsfront nach außen zu gewährleisten.

Die Neuordnung in Sachsen.

Der Landesverband der fortschrittlichen Volkspartei im Königreiche Sachsen hielt vorgestern in Dresden eine Vorstandssitzung ab, die sich mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigte. Die Versammlung nahm nach längerer Beratung die nachstehende Entschließung einstimmig an:

Der im Reiche vollzogenen inneren Neuordnung muß unverzüglich die Neugestaltung der Verfassung Sachsen folgen. Das Klassenwahlrecht der Zweiten Kammer ist durch das allgemeine gleiche Wahlrecht, verbunden mit Verhältniswahl, zu ersetzen. Die Erste Kammer ist zu beseitigen, mindestens von Grund auf umzugestalten. Es ist eine Regierung zu bilden, die sich auf das Vertrauen der berufenen Vertretung des Volkes stützt.

Dr. Delbrück Chef des Zivilkabinetts.

Wie das „Berl. Tageblatt“ erfährt, ist zum Nachfolger des aus dem Amte geschiedenen Herrn v. Berg der frühere Staatssekretär Dr. Delbrück als Chef des Zivilkabinetts ausersehen.

v. Waldow bleibt im Amte.

Die „Zagl. Rundschau“ meldet: Aus Anlaß der Umgestaltung in der Reichsregierung hat der Staatssekretär des Ernährungsamtes, v. Waldow, dem Reichskanzler sein Entlassungsgesuch eingereicht. Dem Vernehmen nach hat sich der Staatssekretär auf Ersuchen des Reichskanzlers bereit erklärt, im Amte zu verbleiben.

Sozialdemokratischer Ruf nach einem Staatsgerichtshof.

An dem Versammlungstag des Münchener Parteitages beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, darunter auch Gäste aus nicht bayerischen Staaten. Nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Hermann Müller über Reichs- und Auslandspolitik wurde die nachstehende Resolution gefaßt: „Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofes zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern brachten und damit für den unglücklichen Kriegsausgang und für die Lasten und Opfer, die während und nach dem Kriege zu tragen haben, verantwortlich sind. Diese Untersuchung hat vor keiner auch noch so hochstehenden Person Halt zu machen.“

Die Lage in Deutschland und im Auslande.

Schweizerische Beobachtungen.

Von den Führern eines großen Chemischer Industrie-werks wird dem „Chemie-Zeitung“ geschrieben: Wir hatten dieser Tage den Besuch eines schweizerischen Großindustriellen, der sehr viel in Europa reist und die Verhältnisse in den verschiedensten europäischen Ländern aus eigener Erfahrung kennt. Da deutsche Verhältnisse sind ihm sehr gut bekannt, da er sich sehr

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 15. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Ypern und der Yser wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere Stellungen hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemark, östlich von Koeselare, das nach hartem Kampfe in Feindeshand fiel, südwestlich von Ypern und nordöstlich von Menen zum Stehen. Menen und Werbit wurden gegen starke Angriffe behauptet. Uebergangversuche des Feindes über die Yser wurden vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Handzame und Kortemark verloren. Starke, mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits scheiterten. Zwischen Ypern und Menen konnte der Feind am Nachmittag noch wenig Boden gewinnen. Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Gaete-Deule-Kanal. Am Selle-Abchnitt, nordlich von Haussy und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise vor und faßte vorübergehend auf den Höhen südlich von Masquigne und nordlich von Origny Fuß. Umfassend angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nordlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisne-Wogen südwestlich von Grandpre.

Heeresgruppe von Gallwitz.

Zwischen der Aisne und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Der Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aisne und beiderseits der von Charpentry auf Bantebille führenden Straße, die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Auf den Höhen nordöstlich und östlich von Risch fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

viel in Deutschland aufhält. Unter anderem kam auch das Gespräch auf den Krieg und das Friedensangebot, bei welcher Gelegenheit er sich ungefähr wie folgt äußerte: Er persönlich und die meisten Schweizer begriffen die niedergedrückte Stimmung der Deutschen nicht. Er behauptet, daß das Deutsche Reich von allen europäischen Staaten am besten dasteht. Ueberall herrsche Lebensmittelmangel, überall sei die Rationierung eingerichtet, aber in keinem Lande würde sie so durchgeführt, wie in Deutschland, wo jeder seinen Lebensmittelanteil zu erschwinglichen Preisen erwerben könne. Er schilderte u. a. die Verhältnisse in Frankreich und bemerkte, daß dort ein Chaos herrsche: die Rationierung wurde bei weitem nicht so durchgeführt und der Wucher treibe seine schönsten Blüten. Lebensmittel seien dort genügend vorhanden, aber für den gewöhnlichen Sterblichen nicht zu bezahlen. Er führt diesen Umstand auf die Anwesenheit der vielen fremden Völker zurück, welche, mit reichlichem Geld ausgestattet, meistens mit Gold-Dollars bezahlen, und auf diese Weise die Preise in die Höhe trieben. Ferner schilderte er die Demoralisation der Bevölkerung, wobei er bemerkte, daß nur durch weitestgehende Konzeptionen die Ordnung notdürftig aufrechterhalten werden könne. Sämtliche neutralen Länder leiden gleichmäßig unter der Not des Krieges, nur ist diese viel mehr sichtbar in den außerdeutschen Ländern, weil dort die Fürsorge und Verwaltung fehlt. Infolgedessen wären Bevölkerungsunruhen vielfach an der Tagesordnung und mehr wie einmal wären Straßenrevolten blutig niedergeschlagen worden. Alles Erlebte, die nicht in die Zeitung kommen und die man verschweigt.

Die österreichische Krise.

Deutsch-österreichische Pläne.

In einem Artikel, betitelt „Der deutsch-österreichische Staat“, befaßt sich die Wiener Arbeiterzeitung mit der praktischen Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen Oesterreichs. Hierfür gebe es zwei Möglichkeiten, erstens die Schaffung dreier deutsch-österreichischer Staaten, nämlich eines innerösterreichischen Staates umfassend Nieder- und Oberösterreich, die angrenzenden deutschen Bezirke Südmährens und Südböhmens, die deutschen Gebiete Steiermarks, Kärntens und Tirols, endlich Salzburg und Vorarlberg, ferner eines deutsch-böhmischen Staates, umfassend die deutschen Bezirke Nordböhmens, Nordwest- und Westböhmens vom Riesengebirge bis zum Böhmerwald, und schließlich eines schlesisch-nordmährischen Staates, umfassend Westschlesien und die angrenzenden deutschen Bezirke Nordmährens und Ostböhmens. Diese drei deutschen Staaten sollen mit den Staaten der anderen Nationen Oesterreichs zu einem Bundesstaat vereinigt werden, also mit dem tschechischen, südböhmischen und ungarischen Staat usw. einen österreichischen Staat bilden. Wenn aber die anderen Nationen eines solchen Bundesstaat überhaupt nicht wollen oder nur in einer Form, innerhalb deren die deutsch-österreichischen Gebiete zu wirtschaftlicher Verflümmung verurteilt wären, dann müßten zweitens die drei deutsch-österreichischen Staaten als besondere Bundesstaaten sich dem deutschen Reich anschließen, das heißt, das 1868 getrennte staatsrechtliche Band mit Deutschland würde in neuer Gestalt wieder geknüpft

werden. Innerhalb des Deutschen Reiches würden die drei deutsch-österreichischen Staaten natürlich die gleiche staatsrechtliche Selbständigkeit besitzen, wie Bayern, Sachsen, Baden usw. Die meisten Deutsch-Oesterreicher denken vorläufig nur an die erste Möglichkeit; wollen aber die Tschechen ganz unabhängig sein, müssen sie damit rechnen, daß ihr Staat vom Norden, Westen und Süden her vom Deutschen Reich umschlungen sein wird. Über auch die Entente soll wissen, daß sie Oesterreich nicht zerschlagen kann, ohne zehn Millionen Deutsche zum Deutschen Reich zu schlagen. Das Deutsche Reich aber, zu dem wir kämen, wäre nicht mehr das imperialistische Deutschland von gestern, sondern das im Gefolge des Krieges entstehende demokratische Deutschland, dessen neue bundesstaatliche Mitglieder selbst demokratische Staaten sein würden.

Die Regierungskrise.

Die gestrigen Wiener Mittagsblätter melden, der Kaiser habe das Rücktrittsgefuß des Ministerpräsidenten Freiherrn von Saffare angenommen und den Grafen Silva Tarouca mit der Bildung des Kabinetts betraut. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Die Ereignisse in der Türkei.

Thronrede des Sultans.

Die türkische Kammer wurde mit einer Thronrede des Sultans eröffnet. Die Thronrede erinnert an die schwierige Lage, in die die Türkei durch den Zusammenbruch Bulgariens geraten sei. Sie habe durch ihr Friedensangebot gemeinsam mit den Verbündeten einen für die durch die Wirkungen des langen Krieges heimgegriffene türkische Nation und die heldenhafte Armee ehrenvollen Frieden herbeizuführen versucht. Vereint mit den Mittelmächten habe die Türkei die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Landes getroffen. Der Sultan hoffe auf einen günstigen Ausgang, und daß die Armee den während des Krieges erworbenen Ruhm bis zum Ende bewahre. Er flehe zu Gott, daß er die türkische Nation vor Zusammenbruch und Verzweiflung behüte und Spaltungen und Streitigkeiten nicht zulasse. Die Kammer wählte Hall zum Präsidenten. Riza-Pascha wurde zum Senatpräsidenten ernannt.

Die Türkei will den Kaukasus räumen.

Wie die Radiostation der Sowjet-Agentur in Riew meldet, hat sich die Türkei bereit erklärt, den Kaukasus zu räumen.

Die Riesenschlacht im Westen.

Der gestrige Abendbericht der Heeresleitung lautet:

In Flandern griff der Feind auf breiter Front zwischen Dixmuiden und der Oise an. Wir sängen den Stoß auf. An der Oise und Aisne und westlich der Maas sind Angriffe der Franzosen und Amerikaner gescheitert.

Die meistverhätteste Räumung des Chemin des Dames.

Die schwierige Räumung des Chemin des Dames konnte ohne Störung vom Gegner planmäßig durchgeführt werden. Während vorn die Infanterie die Franzosen beschäftigte, konnten nicht nur die gesamte Artillerie mit allen Munitionsvorräten zurückgeschafft, sondern gleichzeitig auch durch Pionierkommandos alle Unterstände, Höhlen und Stützpunkte gesprengt werden. Als alles zurückgeschafft war, begann auch die Infanterie sich unbemerkt vom Feinde zu lösen. Starke Kampfpatrouillen deckten ihren Rückmarsch. Erst viele Stunden nach der glücklich vollendeten deutschen Rückbewegung merkten die Franzosen, daß sie nur noch schwache Kräfte vor sich hatten und begannen nachzudrängen. Hinter einer Meute von Hundeb, die verborgene deutsche Maschinengewehre- und Stützpunkte der Kampfpatrouillen verborgen hatten, ging die französische Infanterie vor. Allein die deutschen Kampfpatrouillen ließen sich durch diese neue Kampfmethode nicht schrecken und führten die französische Infanterie so energisch ab, daß der Gegner erst Artillerie aufmarschieren lassen mußte. Erst nach tagelangen Kämpfen unter schweren Verlusten vermochten die Franzosen ein Gelände zu besetzen, welches die deutsche Oberste Heeresleitung plangemäß aufgegeben hatte.

Kleine politische Meldungen.

Die österreichischen Kämpfe in Serbien. Der österreichische Kriegsbericht vom 14. Oktober meldet: Unsere vordringenden albanischen Truppen hatten Radush und Banakämpfe zu bestehen. Im Raume nordlich Risch dauern die Rückzugskämpfe fort, an denen sich auch Zivilbevölkerung beteiligt. Besonders starker feindlicher Druck macht sich im Morowatal sichtbar.

Ungünstige Beschlagnahme deutscher Schiffe in Spanien. Es ist die Rede davon, daß Spanien deutsche Schiffe beschlagnahmt hat über zu beschlagnahmen beabsichtigt. Falls sich dieses bestätigen sollte, würde deutscherseits ein gedarnichteter Protest erfolgen.

Die Volksabstimmung in der Schweiz. In einer Volksabstimmung nahm das Schweizer Volk am Sonntag mit 800000 gegen 150000 Stimmen das Initiativbegehren auf Einführung des proportionalen Wahlverfahrens für die Wahlen des Nationalrates an.

Galizische Wahlen in der Warschauer Regierung. Wie verlautet, sind der Warschauer Regierung zwei galizische Wahlen beigegeben, und zwar der gewöhnliche Gemeindefürstliche Wahl und der Reichsratsabgeordnete Morawski. — Auf eine Einladung des Warschauer Regimentskommandanten, polnische Vertreter zu wichtigen Besprechungen zu entsenden, ist das Präsidium des Wiener Potentklubs mit dem Obmann an der Spitze nach Krakau abgereist, von wo die Vertreter mit den gleichfalls eingeladenen Vertretern des Klubs der Sozialdemokraten und Nationaldemokraten erfolgte.

Größter Reichstag am 20. Oktober. Der „Zeitungsbund“ und gemeindefürstliche Wahlen zufolge wurde der Reichstag am 20. Oktober im Reichstagssaal des Reichspalastes in Berlin am 18. September bei Tagung der 1. Konvention des Reichstages von den Reichsratsabgeordneten verhandelt. Die Tagesordnung der Sitzung umfaßte die Beschlüsse des Reichstages und sein Verbleib bei dem Reichstagsversuch von der Reichstagskommission erlassen worden seien.

Sticker
tung
des
wurde
Reflex
find
unmög
des
in ein
teresse
wie
Stellu
B.
Berf
Naher
W u d
verlau
verfl
komm
noch
gerate
die n
teres
Infan
gebro
2
mach
der
von f
wie b
mange
an die
In m
Obsto
S w i d
die W
folgem
D
Berg.
schaft
Blatte
[sch
dieser
Hafar
bleiben
31818
47609
66541
10926
27942
55941
71148
96501
2379
21633
43800
70388
83318
104687
24431
38117
55075
74924
92016
108617
Einnah
und 94
W
—Wien
aus.
0 Uhr
abgehe
Richtu
heute f
mittags
hier, w
Herrm
mit den
Schneid
in Silb
Del
lich red
hier in
und hier
vertreten
Brasil
zurzeit
einer 25
von 25
zum Mi
infolge
kauft u
liches W